

Diagnose und rechtstechnische Behandlung des Mehrwertsyndroms

# Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft

von Prof. Dr. Dieter Suhr, Universität Augsburg. Dies ist die überarbeitete Fassung eines Vortrages, der am 5. 2. 1983 in Mühlhausen auf einer Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung, Boll, gehalten wurde. Erstveröffentlichung in: *Zeitschrift für Rechtspolitik*, Heft 9/1983, S. 221-227. Abgedruckt mit freundlicher Genehmigung des C. H. Beck Verlages, München. Der Nachtrag wurde für das vorliegende Buch geschrieben.

Dieser Text im Internet: <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/suhr/aapw/>

*Es scheint wie verheert: Als es uns schlecht ging, nach dem Kriege; blühte die Wirtschaft während einer längeren Zeit. Wir nannten das das „Wirtschaftswunder“. Je besser es uns ging, desto heftiger wurden die Erkältungen, die unsere Wirtschaft von Zeit zu Zeit ergriffen. Mit der Not sind wir fertig geworden. Wohlstand und Fülle machen uns zu schaffen. Darüber wurde schon viel nachgedacht. Die Krisen haben sicher viele Ursachen. Doch ein wichtiger Wirkungskomplex, der die Ökonomie in den dreißiger Jahren unter dem Stichwort „wirksame Nachfrage“ eindringlich beschäftigt hat, ist dabei bislang zu kurz gekommen. Der Verfasser versucht, diesem Krankheitssyndrom unserer Wirtschaft in drei Schritten beizukommen: Wie ein Arzt, der die Symptome aufnimmt, zur Diagnose übergeht und dann die Therapie ansetzt. Die Therapie läuft darauf hinaus, daß durch kleine Änderungen am Währungsgesetz rechtstechnisch neue Möglichkeiten für Geldordnungspolitik erschlossen werden, insbesondere auch ein neuer Aktionsparameter für die Währungs- und Wirtschaftspolitik.*

## **I. Symptome**

Schaut man auf die Wirtschaft, so springt ein Befund ins Auge, der sich durch fünf hervorragende Symptome kennzeichnen läßt:

1. Massenarbeitslosigkeit;
2. ungestillter privater und vor allem öffentlicher Bedarf;
3. anschwellende Ströme von Zinszahlungen;
4. zunehmende Verschuldung und
5. ein bedrohlicher Wachstumszwang.

### **Nicht gefragte Leistung**

Das Symptom Nummer 1 unserer siechenden Wirtschaft ist die Massenarbeitslosigkeit: 2,5 Millionen Menschen bei uns wollen arbeiten. Sie finden aber keine bezahlte Arbeit. Ihre Leistung wird nicht nachgefragt: „Leistung, die nicht gefragt ist.“ 2,5 Millionen arbeitswillige Menschen sind eine ungeheuere Leistungsreserve unserer Volkswirtschaft. Warum läßt unser Gemeinwesen diese gewaltige und kostspielige Reserve ungenutzt herumstehen? - Weil es an Nachfrage nach bezahlter Arbeit fehlt. Es ist, als ob alle unsere Wünsche schon erfüllt seien. Es ist, als ob sowohl der private wie auch der öffentliche Bedarf längst gestillt sei. Es ist, als gäbe es bei uns nichts mehr zu tun. Wir wissen offenbar nicht wohin mit unserem Überschuß an menschlicher Arbeitskraft. Deshalb nehmen wir 2,5 Millionen unfreiwillige Müßiggänger in Kauf; samt aller damit verbundenen Demütigung und Entwürdigung, samt allem damit verbundenen menschlichen Leid. In dieses Bild passen auch die Vorschläge, die darauf zielen, das bißchen noch vorhandener Arbeit gerechter zu verteilen: weniger Arbeitsstunden, kürzere Lebensarbeitszeit. Gibt es aber denn-wirklich bei uns nichts mehr zu tun? Ist unser privater und öffentlicher Bedarf wirklich gestillt? Haben wir keine Wünsche, keine Träume mehr? Sind alle öffentlichen Aufgaben erledigt?

## Nicht befriedigter Bedarf

Symptom Nummer 2 unserer kranken Wirtschaft ist massenhaft unbefriedigter Bedarf nach volkswirtschaftlicher Leistung, und zwar sowohl im privaten wie im öffentlichen Bereich. Je länger z. B. die Arbeitslosen ohne bezahlte Arbeit sind, desto stärker müssen sie sich einschränken. Nicht etwa ihr Bedarf bildet sich zurück. Sie müssen den Gürtel vielmehr wider Willen enger schnallen. Viel lieber hielten sie mehr als weniger Nachfrage nach volkswirtschaftlichen Leistungen.

Wir kennen auch die relative Armut kinderreicher Familien und die schreiende Ungerechtigkeit, daß Mütter und Hausfrauen als die Sklavinnen der modernen Industriegesellschaft keine auch nur annähernd angemessene ökonomische Anerkennung für die Leistung erhalten, die sie tagtäglich der Volkswirtschaft und insbesondere denen erbringen, die heute keine Kinder, morgen aber Renten haben wollen. Gerechtigkeit in diesem Bereich kann unser Gemeinwesen sich nicht leisten. Dafür fehlen ihm anscheinend die Leistungsreserven. Dafür ist unsere Volkswirtschaft zu arm.

Unsere Wälder sterben. Wir können es uns nicht leisten, die Abgase rigoros zu entgiften. Dazu fehlen die Mittel. Die Anwohner von Straßen werden vom Lärm; vom Gestank und vom Dreck geplagt. Wir können es uns nicht leisten, sie rigoros zu schützen. Dazu fehlen die Mittel. Wir haben Berge von dringenden Aufgaben im Gemeinwesen, deren Erledigung wir uns nicht leisten können: z. B. auch manche Bahnstrecke nicht, weil sie sich nicht mehr rentiert. In dieses Bild passen wiederum vorzüglich jene Moralpredigten und Stammtischparolen, nach denen wir angeblich über unsere Verhältnisse gelebt haben und noch leben, und nach denen wir den Gürtel enger schnallen müssen, um die Volkswirtschaft wieder flottzubekommen: So, als sei die Volkswirtschaft nicht fähig gewesen, unseren Wohlstand zu erzeugen, und so als ginge es heute darum, die alten Strümpfe noch einmal zu stopfen und das klapprige Auto noch ein Jahr zu fahren, um ja der Volkswirtschaft keine weitere Nachfrage zuzumuten.

In Wahrheit freilich ist unsere Wirtschaft durchaus nicht zu arm und leistungsunfähig. Leistungsreserven in Höhe von 2,5 Millionen Arbeitslosen warten auf ihren Einsatz. Wenn es aber weder an Bedarf fehlt, noch am Leistungsangebot, woran dann?

Es fehlt offenbar an dem bißchen volkswirtschaftlichen Ordnungs- und Organisationstalent, das erforderlich ist, um das Leistungsangebot und den Leistungsbedarf miteinander buchstäblich „ins Geschäft“ zu bringen: Wie kann man den privaten und öffentlichen Bedarf, der nach Befriedigung durch Leistung schmachtet, mit dem Leistungsangebot zusammenbringen, das sich danach sehnt, den Durst nach Leistung zu stillen?

Die Wirtschaft stagniert, weil der Bedarf nicht zum Angebot und weil das Angebot nicht zum Bedarf kommt. Der Austausch stockt. Hier stoppt der Strom der volkswirtschaftlichen Zirkulation. Aber durchaus nicht bei allen volkswirtschaftlichen Strömungsgrößen ist der Pegelstand in den vergangenen Jahren zurückgeblieben oder gesunken. Wir haben zwar nicht realiter über unsere Verhältnisse gelebt, aber es gibt durchaus eine Größe, die über die Verhältnisse stark gestiegen ist: Es gibt Geldflüsse, die schneller gestiegen sind als die Löhne, schneller als die Preise und schneller als die Arbeitslosenzahlen: So, als hätte man es geradezu mit einem langfristigen Vorreiter oder Schrittmacher für das langfristige Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu tun. Doch das führt zum nächsten Symptom.

## **Anschwellende Zinsströme**

Symptom Nr. 3 der kranken Wirtschaft ist, daß die Zinsströme innerhalb der Volkswirtschaft in den vergangenen Jahren im langfristigen Mittel beharrlich und überproportional gestiegen sind<sup>1</sup>. Dabei sind wirklich die Zinsströme gemeint, nicht etwa die Zinssätze, die steigen und fallen. Diese Zinsströme signalisieren, daß durchaus Gelder in der Volkswirtschaft unterwegs sind! Während der „reale Bereich“ und der „Beschäftigungsbereich“ eher stagnieren, tut sich etwas im „monetären Bereich“: nämlich dort, wo Zinsen gezahlt werden. Das Jahr der Krise und der Konkurse war zugleich das Jahr der Banken und der Geldkapitalerträge. Wo Zinsen fließen, dort ist monetäre Liquidität von irgendwelchen Verleihern zu irgendwelchen Entleihern hin verschoben worden, und die Zinsen sind die Kosten dieser monetären Transaktionen auf Zeit. Diese Kosten hat der jeweilige Entleiher aufzubringen und an den Verleiher abzuführen. Wo viele Zinsen gezahlt werden, dort wird also viel Geld ausgeliehen. Wo viel Geld ausgeliehen wird, dort ist viel Geld in Kassen von solchen Wirtschaftssubjekten, die zwar Geld haben, aber offensichtlich keinen Bedarf. Dieser Befund paßt recht gut zu Symptom Nr. 2. Dort hatte sich gezeigt: In unserer Wirtschaft gibt es Bedarf, dem das Geld fehlt, ohne das er nicht zur Nachfrage werden kann. Hier, bei Symptom Nr. 3, zeigt sich, daß es Geld gibt, dem der Bedarf fehlt, ohne den es ebenfalls nicht zur Nachfrage werden kann. Steigen in einer Volkswirtschaft die Zinsströme relativ stark, so signalisiert das, daß sich mehr und mehr Gelder dort angesammelt haben, wo weder ein eigener Bedarf an Verbrauchs-, noch ein eigener Bedarf an Investitionsgütern besteht. Genau das ist offenbar bei uns der Fall.

## **Wachsende Schulden**

Wie sehr in den vergangenen Jahren die Schulden der öffentlichen Hand in Bund, Ländern und Gemeinden gestiegen sind, dazu braucht kein weiteres Wort mehr verloren zu werden. Wenn es heißt, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt, so denkt man ja vor allem an diese Staatsverschuldung. Auch im Hinblick auf die Ausgaben des Staates gilt freilich: Die Volkswirtschaft konnte es sich durchaus leisten, die Leistungen zu erbringen, die der Staat mit Krediten bezahlt hat; denn die Leistungen sind erbracht worden. Was wir uns „nicht leisten“ können, ist die Tatsache, daß allein die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte den politischen Handlungsspielraum von der finanziellen Seite her drastisch einschränkt. Ein immer größerer Anteil der Steuern, die wir an Bund, Länder und Gemeinden zahlen, stellt bei der öffentlichen Hand nur einen durchlaufenden Posten dar und fließt dann direkt in die Kassen der Kreditgeber von Bund, Ländern und Gemeinden. Dabei mag der Staat ebenso wie der eine oder andere Private durchaus politisch fragwürdige Ausgaben getätigt haben. Reines Vergängen an der Verschuldung war es jedenfalls nicht, wenn die öffentliche Hand sich immer höher verschuldet hat.

Auch bei den Unternehmern beruht es nicht auf dem Vergnügen an der Verschuldung, wenn ihre Eigenkapitalquote in den letzten Jahren beständig gesunken ist<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup>Von 1972 bis 1981 sind die Zinserträge der Banken, den wichtigsten Umschlagplätzen für Kredite, von 58,4 auf 213,56, die Zinsaufwendungen von 39,9 auf 166,41 und die Überschüsse daraus von 18,5 auf 47,14 Mrd. DM gestiegen. Die Zinsaufwendungen der öffentlichen Haushalte sind von 1975 bis 1982 von 14,7 auf 34,6 Mrd. geklettert. Bei den Unternehmen ist das Bild zwiespältig insofern, als einerseits die Zinsaufwendungen von 24,2 (1972) auf 61,5 (1981), andererseits – nicht weniger aufschlußreich – die Zinserträge von 6,7 auf 19 Mrd. angeschwollen sind. (Zahlen aus den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank).

<sup>2</sup>Dazu z. B. Fritsch, *Die Eigenkapitallücke in der Bundesrepublik*, 1981.

Gestiegen ist in den vergangenen Jahren vor allem aber auch die Verschuldung der Entwicklungsländer und von Ländern des Ostblocks. Die Schulden und die Zinsverpflichtungen haben ein Ausmaß angenommen, das geradezu furchterregend ist.

Wenn man noch weiter nachforschte, welche Schulden den jeweils in letzten Jahren gestiegenen Zinszahlungen zugrundeliegen, so könnte die Liste, auf der hier nur die Schulden der öffentlichen Hand, die sinkende Eigenkapitalquote der Unternehmen und die Verschuldung der Entwicklungsländer steht, sicher noch verlängert werden. Hinter einem solchen Befund stecken nicht nur subjektive Motive und Entscheidungsgründe, steckt nicht nur der Spaß daran, Schulden zu machen, sondern liegen strukturelle Ursachen. Ihnen muß die Diagnose gelten.

### **In der Wachstumsfalle**

Wir befinden uns offenbar in einer volkswirtschaftlichen Wachstumsfalle, die nicht nur unsere Wirtschaft, sondern unsere Umwelt überhaupt bedroht. Aber nicht etwa, weil unsere Bedürfnisse schon explodierten, „muß“ unsere Wirtschaft auf Teufel komm heraus wachsen, sondern weil wir anders keine Möglichkeit für Vollbeschäftigung zu sehen vermögen und weil das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht nur auf diesem Wege erreichbar erscheint.

Wir brauchen auf unabsehbare Zeit (exponentielles) Wachstum um des Gleichgewichtes unserer Wirtschaft willen: Das ist nach allen Erkenntnissen der Biologie und der Systemtheorie, der Ökologie und des gesunden Menschenverstandes ein blanker Widerspruch in sich (siehe Helmut Creutz, S. 7; d. Hg.), aber die ökonomischen Theoretiker und Praktiker der Wachstumslehren sind offenbar unfähig oder unwillig, ihre Vorstellungen einmal zeitlich zu extrapolieren und hochzurechnen: eine Art selbstverschuldeter Kurzsichtigkeit. Wir, die anderen Menschen, sehen uns mehr und mehr in der Wachstumsfalle der theoretischen und praktischen Ökonomen gefangen, die offenbar nicht darauf ausgehen, die Wirtschaft nach den Bedürfnissen, sondern darauf, die Bedürfnisse nach den Zwängen des Wachstums auszurichten.

## **II. Diagnose**

Die Symptome sind Zeichen an der Wand. Sie zu deuten, fällt nicht schwer. Ein Teil der Deutung nämlich steckt schon in der Art und Weise, in der die Symptome beschrieben wurden. Doch diese Art und Weise der Beschreibung war auch polemisch, und diese Polemik muß jetzt einer möglichst unterkühlten Analyse und Diagnose weichen. Betrachten wir also die Symptome wie durch eine Glaswand als eine Art Puzzle, das nicht mehr unser Gefühl in Wallung bringt, sondern nur noch unseren Intellekt dazu herausfordert, die Zusammenhänge zu klären.

### **Bedarf ohne Geld**

Symptom Nr. 1, die Massenarbeitslosigkeit, und Symptom Nr. 2, der massenhaft unbefriedigte Bedarf, stehen in einem eigenartigen Zusammenhang der Verhinderung: Offenbar verhindert eine mehr oder weniger unsichtbare Macht oder Struktur der Wirtschaftsordnung gerade das, was sich aufdrängt und naheliegt, nämlich daß der massenhafte Bedarf durch die Leistungen der z. Z. massenhaft arbeitslosen Menschen befriedigt wird. Bedarf und Leistungsangebot

kommen nicht zusammen: So, als hätten, sie, die sich so gut miteinander vertragen haben, sich im Laufe der Zeit auseinandergeliebt und könnten jetzt, trotz besten Willens, aus irgendwelchen unerklärlichen Gründen nicht wieder zusammenfinden – oder auch so, als kämen zwei, die den Bund fürs Leben schließen könnten, nicht zueinander, weil es an Verkehrsverbindungen über den eigenartigen Abgrund fehlt, der sie trennt.

Um eine Ehe freilich handelt es sich im vorliegenden Fall nicht, sondern um den volkswirtschaftlichen Organisationszusammenhang, der sicherzustellen hätte, daß Bedarf und Leistung auf eine wirksame und kostengünstige Weise möglichst marktmäßig zusammenfinden und sich auch nicht wieder auseinanderleben.

In der Marktwirtschaft wird der Austausch, der die Leistung zum Bedarf bringt und der den Bedarf mit der Leistung versorgt, durch das Geld vermittelt: Geld ist das allgemeine Tausch- und Zirkulationsmittel, mit dessen Hilfe jedem kraft des Marktes und entsprechend seinen eigenen Beitrages eine Anwartschaft auf Beiträge anderer zugeteilt werden kann und zugeteilt wird. Durch das Geld haben sie dann wechselseitig an ihren Leistungen teil. Zur Zeit jedoch fehlt dem Bedarf das Geld: Bedarf ohne Geld!

Mit Hilfe von Geld kann der Zugriff auf die Leistungen organisiert werden. Gibt einer dem anderen ein Darlehen, so wird der Zugriff auf volkswirtschaftliche Leistung vorübergehend von dem einen auf den anderen verschoben. Allem Anschein nach jedoch versagen die monetären Austausch- und Transfermechanismen bei dem Problem, das sich aus Symptom Nr. 1 und Symptom Nr. 2 und der Tatsache ergibt, daß der Leistungswille daran gehindert wird, in Leistung zu münden, die den Leistungsbedarf befriedigt.

Den Arbeitslosen fehlt es an Geld, um ihren unbefriedigten Bedarf zu stillen. Dem Staat fehlt es an Geld, mit dem er anstehende Aufgaben in Angriff nehmen könnte. Den Unternehmen fehlt es an Geld, um ihr Eigenkapital aufzustocken und Dank größerer Krisenfestigkeit eher Investitionen zu wagen. Kurz: Allenthalben fehlt dem Bedarf das Geld, ohne das er nicht zur wirksamen Nachfrage nach volkswirtschaftlicher Leistung werden kann. Der Bedarf kommt an dieses Geld nur heran, wenn er es sich dort besorgt, wo es ist. Das Geld ist dort, wo es hingeflossen ist. Das Geld fließt dorthin, wo es gemäß den Spielregeln der Wirtschaftsordnung hinfließt, und es ist in den vergangenen Jahren offenbar zunehmend nicht dorthin geflossen, wo Bedarf besteht. Das führt zum Geld ohne Bedarf.

## **Geld ohne Bedarf**

Das Geld, ohne das der Bedarf nicht zur Nachfrage werden kann, ist auch nicht etwa aus der Wirtschaft verschwunden. Es ist nicht in Sparbüchern und Kassetten untergetaucht. Auch die Bundesbank hat es nicht eingezogen. Sie hat vielmehr die Geldmenge in vergangenen Jahren durchaus vergrößert. Es fehlt also nicht an Geld. Aber es fließt zuviel des vorhandenen Geldes durch Kassen, wo ihm zur Nachfrage der Bedarf fehlt: Geld ohne Bedarf! Das Geld in diesen Kassen führt nicht zur Nachfrage nach Waren, Diensten oder Investitionsgütern, sondern nur zur Nachfrage nach Zinsen und Renditen: Das Geld ohne Bedarf verhilft also nur dem Begehren nach noch mehr Geld, also dem Verlangen nach dem Mehrwert, zur Nachfrage. Man findet also auf der einen Seite „Bedarf ohne Geld“ auf der anderen Seite „Geld ohne Bedarf“. Das „Geld ohne Bedarf“ hat sich in den vergangenen Jahren offenbar vermehrt. Denn nur wer Geld hat, aber z. Zt. keinen Bedarf, verleiht sein Geld, und nur wenn Geld verliehen wird, entstehen Schulden, und nur wenn die Schulden zunehmen, schwellen die Zinsströme

an. Die Zinsströme sind angeschwollen; also sind auch die „Gelder ohne Bedarf“ in den Kassen gestiegen.

### **Kostspielige Umwege**

Befinden sich Gelder nicht in den Kassen der Letztverbraucher, die Verbrauchsgüter kaufen wollen, und auch nicht in den Kassen der Unternehmer, die investieren wollen, sondern in den Kassen von Vermögensbesitzern, die weder konsumieren noch investieren wollen, befinden sie sich also in „Kassen ohne Bedarf“, dann müssen diese Gelder die Kassen wechseln, bevor sie wieder einem Bedarf zur Nachfrage verhelfen können. Sie müssen aus den „vollen Kassen ohne Bedarf“ in die „leeren Kassen mit Bedarf“ transferiert werden. Erst dann können sie wieder als monetäres Verkehrsmittel dem Austausch von realen Leistungen dienen: kostspielige Umwege!

Der unvermeidliche Transfer der Gelder aus den Kassen ohne (gegenwärtigen) Bedarf in die Kassen mit (gegenwärtigem) Bedarf kann marktmäßig oder nichtmarktmäßig geschehen. Marktmäßig vollzieht er sich durch Kredit. Kredit kostet Zinsen. Die Zinsen belasten die Letztverbraucher und die Unternehmer, die sich zu ihrem Konsum- oder Investitionsbedarf das Geld hinzuborgen. Die Zinsen entziehen also den Letztverbrauchern und Unternehmern wiederum Geld, obgleich bei ihnen schon ohnehin zu wenig war, und sie fließen hin zu dem Anleger, bei dem ohnehin schon so viel Geld war, daß sich ein Überschuß seiner Gelder über seinen Bedarf ergeben hatte. Zwar lenkt der Anleger seine überschüssige Liquidität dorthin, wo sie – aus seiner Sicht – ihm den größten Ertrag bringt (portfolio-theoretische Verfeinerungen können hier außer Betracht bleiben). Aber aus der Sicht der Volkswirtschaft fließen die Zinsen, die für ihn optimale Erträge darstellen, zu jemandem hin, bei dem sie automatisch zu einem volkswirtschaftlichen Problemstoff werden. Sind die Zinsen gar von solcher Art, daß sie der Letztverbraucher oder der Unternehmer nicht mehr aufbringen kann: sei es, daß der Zinssatz zu hoch ist, sei es, daß die Betroffenen mehr und mehr „auf Pump“ leben müssen – dann wird der Kredit gar nicht erst mehr genommen und der betreffende Bedarf bleibt endgültig unbefriedigt. Er wird wegen Mangels an monetärer Unterfütterung nicht mehr zur Nachfrage. Der wirtschaftliche Verkehr kommt ins Stocken.

Offenbar ist unsere Marktwirtschaft im monetären Bereich so strukturiert, daß erhebliche, und zwar anschwellende, Geldströme in falsche Kassen fließen. Die Ökonomen nennen das „Fehlallokation“ von monetären Kaufanwartschaften. Bevor diese fehlgeleiteten Gelder irgendeinem wirklichen Bedarf zur Nachfrage verhelfen können, müssen sie weitergereicht werden.

Anschwellende Geldströme in unserer Marktwirtschaft fließen also auf Umwegen. Umwege sind nicht nur zeitraubend, sondern auch kostspielig. Die Umwege des Geldes, mit denen wir es hier zu tun haben, sind besonders kostspielig; denn es fallen nicht nur Transportkosten an, sondern auch so etwas wie private Benutzungsgebühren für das monetäre Verkehrsmittel der Wirtschaft in Form von Zinsen. Diese Zinsen wiederum fließen absurderweise ausgerechnet in diejenigen Kassen, in denen typischerweise schon so viel Geld ist, daß es erst wieder kostenbringend entliehen werden muß, bevor es wirksame Nachfrage erzeugen kann.

Unsere Marktwirtschaft ist nach allem so strukturiert, daß aus dem Wirtschaftsprozess automatisch Gelder abgezogen und in Kassen abgezweigt werden, wo sie nicht auf Bedarf treffen. Also entsteht ein volkswirtschaftliches Recycling-Problem, nämlich das Problem, die Gelder, die dem realen Wirtschaftsprozess, in dem Angebot und Bedarf aufeinandertreffen, entzogen und in den monetären Bereich abgezweigt werden, anschließend dem Bedarf wieder zu-

zuführen. Die Kosten dieses monetären Recycling sind beträchtlich. Sie fallen in Form von Zinsen an und vergrößern das Problem, bei dessen Lösung sie entstehen, weil sie die Kontenbestände vergrößern, bei denen der Bedarf fehlt, und die Kassen belasten, die ohnehin zu wenig Geld enthalten. Werden sie nicht mit Hilfe von marktgerechten Krediten zurücktransferiert in die Kassen mit Konsum- oder Investitionsbedarf, so muß es mit Zwang geschehen: Daraus ergeben sich dann bald Exzesse des Steuerstaates, des Subventionsstaates und des Wohlfahrtsstaates. Die „Zwangsanleihe“ ist insofern ein kleines aber aufschlußreiches Symptom: Transfer auf Zeit ohne die sonst üblichen Kreditkosten.

### **Einkommen ohne Leistung**

Die Zinsen sind wiederum ein monetäres Phänomen, zu dem sich einige sehr einfache und sehr aufschlußreiche Feststellungen treffen lassen: Es ist das verliehene Geld, das Zinsen bringt. Dieses verliehene Geld ist nach Ablauf der Darlehenszeit mehr wert als das ausgegebene Geld. Denn das Geld, das ich heute ausbe, hat für mich nur den Kaufkraftnennwert, der ihm aufgedruckt ist: 1000 DM sind 1000 DM. Muß ich aber mein Geld nicht für Milch, Brot und Wohnung ausgeben, habe ich vielmehr Geld übrig, dann kann ich es verleihen und habe am Ende meine 1000 DM plus Zinsen und womöglich plus Zinseszinsen. Mark ist nicht gleich Mark. Geld ist nicht gleich Geld. Die verliehene Mark ist mehr wert als die ausgegebene. Verliehenes Geld weist gegenüber dem ausgegebenen Geld einen Mehrwert auf.

Geld hat einen unterschiedlichen, gespaltenen Wert: Für den, der es zum Leben braucht ist es weniger wert als für den, der es übrig hat. Anders gewendet: Das Geld hat für den, der seinen Bedarf befriedigt, weniger Wert als für den, der keinen Bedarf hat und sein Geld daher verleiht. Nochmals anders gewendet: Geld ist für die Reichen, die es anlegen können, mehr wert als für die Ärmeren, die es ausgeben müssen.

Wer Geld besitzt, der hat sowohl den Tauschwert des Geldes als auch den Liquiditätswert. Für den Tauschwert seines Geldes hat er womöglich hart gearbeitet und sich so eine monetäre Kaufanwartschaft auf den Teil des Sozialprodukts verdient, der dem entspricht, was er selbst dazu beigetragen hat. Dafür jedoch, daß Geld einen zusätzlichen Liquiditätswert besitzt, der ihm zugute kommt, kann er nichts. Er ist weder Hersteller des Geldes noch Urheber der monetären Liquidität. Sie ist nicht sein Verdienst, sondern eine Eigenschaft des Geldes selbst. Der Liquiditätsvorteil fällt dem jeweiligen Geldbesitzer ohne Gegenleistung in den Schoß. Ist er wohlhabend genug, sein Geld nicht ausgeben zu müssen, sondern es anlegen zu können, dann kann er den Liquiditätsvorteil, der ihm in den Schoß fällt, wiederum liquidieren. So wenig er Produzent der Liquidität von Geld ist, so wenig verdient er die Vorteile, die daraus herrühren, und ebenso wenig ist es gerechtfertigt, daß die Geldordnung es ihm ermöglicht, private Nutzen in Form von Zinsen daraus zu ziehen. Der Zins ist in diesem genauen Sinne unverdientes Einkommen: Einkommen ohne Leistung. (Dieser Befund wird nur dadurch verdeckt, daß der Verleiher dem Entleiher tatsächlich eine Leistung erbringt: Er stellt ihm Liquidität zur Verfügung. Insofern ist der Zins also durchaus eine „Gegenleistung“ für die Überlassung der Vorteile aus Liquidität. Aber diese Vorteile als solche sind nicht durch Leistung erworben, sondern sind eine unverdiente Zugabe beim Geld. Deshalb ist auch der Zins unverdientes Einkommen. Aber die Täuschung, die durch den Schein einer eigenen Leistung entsteht, ist so perfekt, daß es schwer ist, die Einsicht in die richtigen Zusammenhänge zu vermitteln.)



Damit rundet sich das Bild: Wo Geld ohne Bedarf ist, dort stellt sich auch Einkommen ohne Leistung ein, und das wiederum bewirkt, daß noch mehr Geld ohne Bedarf und noch mehr Einkommen ohne Leistung entstehen. Dieser „Einkommensfähigkeit ohne eigene Leistung“ steht die Arbeitslosigkeit als „eigene Leistungsfähigkeit ohne Einkommen“ gegenüber: Geld, das als Einkommen ohne Leistung gezahlt wird, fehlt dann zur Bezahlung von Einkommen aus Leistung.

So sorgt die Geldordnung dafür, daß typischerweise diejenigen, die weder Bedarf haben, noch eine eigene Leistung in die Volkswirtschaft einbringen, den Mehrwert des Geldes erhalten. Das sind dann Gelder, die andernorts fehlen und als Nachfrage so lange ausfallen, bis sie wieder zinspflichtig denjenigen zurücktransferiert werden, die Bedarf haben. Aufbringen müssen diese Zinsen entweder diejenigen, die als Letztverbraucher oder Unternehmer Kredite in Anspruch nehmen, oder diejenigen, welche die mit Zinskosten belasteten Waren und Dienste kaufen: eine ständige Subventionierung der Kapitalrentner durch die Produzenten und Letztverbraucher. Diese in die Geldordnung einprogrammierte Subventionierung der Wohlhabenden durch die Schaffenden übertrifft zwar noch nicht hinsichtlich ihres Volumens, wohl aber hinsichtlich ihrer dysfunktionalen Auswirkungen die meisten wohlfahrtsstaatlichen Transfers bei weitem.

Eine solche ständige Subventionierung der Vermögenden durch die Produzenten und Verbraucher ist ungerecht. Ungerechtigkeiten jedoch pflegen die Ökonomen nicht aus der Ruhe zu bringen. Mit so etwas finden sie sich ab, wenn das, worum es geht, wirtschaftlich funktions-tauglich ist. Aber die Subventionierung derer, bei denen der Bedarf fehlt, durch die anderen, die Bedarf haben, ist nicht nur ungerecht, sondern sie ist erst recht volkswirtschaftlich unsin-nig.

Es mag sein, daß der Zwangssparprozeß, dem die Produzenten und Konsumenten durch den beschriebenen, geldordnungsbedingten Subventionierungsmechanismus zu Gunsten der „An-leger“ unterworfen werden, wenigstens funktionstauglich war während einer Aufbruchs- und Aufbauphase, wenn man davon ausgeht, daß in einer solchen Phase die Sparquote auf Biegen oder Brechen hochgehalten werden muß. Bei einer Volkswirtschaft jedoch, die in den Wohl-stand kommt, wird diese Subventionierung der Bedarfslosen durch die Bedürftigen absurd und grotesk. Und sie wird auf lange Sicht tödlich für die Wirtschaft.

## **Pathologisches Wachstum**

Wer sein Einkommen durch Arbeit und Leistung „im Schweiß seines Angesichts“ verdient, der weiß jede zusätzliche DM zu schätzen, und er überlegt sich, ob es sich noch lohnt, für die Vorteile, die sie ihm einbringt, mehr zu arbeiten. So wird er sich in der Regel hüten, weit über seinen gegenwärtigen und zukünftigen Bedarf hinaus zu schuften. Bei ihm ist eine Bremse eingebaut, die dem entgegenwirkt, daß durch seine Kasse zu viel Geld ohne Bedarf fließt: nämlich der sinkende Grenznutzen, den ein weiterer Einkommenszuwachs im Verhältnis zu dem Aufwand hat, der dafür erforderlich ist. An eben einer solchen Bremse fehlt es bei dem Einkom- men ohne Leistung, das aus dem Geld ohne Bedarf gezogen werden kann: Dieses Einkommen hat die Tendenz zur pathologischen Selbstvermehrung wie bei Krebszellen, die das gesunde Gewebe durch ihr unkontrolliertes Wachstum schädigen und am Ende zerstören. Denn es kostet keinen Tropfen Schweiß, dieses leistungslose Einkommen zu erzielen. Also reizt auch ein noch so geringer Grenznutzen jeder zusätzlichen DM zur Motivierung. Der Traum vom großen Vermögen und der dadurch vermittelten Macht genügt alleweil.

Die Kassen mit hohem Gelddurchfluß, aber ohne Bedarf, sind Liquiditätsstrudel, die Liquidität in sich hinein- und durch sich hindurchsaugen. Sie wirken auf Liquidität ähnlich wie die Schwarzen Löcher im All auf Materie und ziehen davon um so mehr an, je mehr schon darin verschwunden ist. Anders als die Schwarzen Löcher die angezogene Materie behalten die Kassen ohne Bedarf die aufgesogene Liquidität nicht in sich, sondern sie geben sie wieder frei, und zwar gegen Zins. Dieser Zins freilich muß irgendwo außerhalb des monetären Bereichs erwirtschaftet und abgezweigt werden. Wird er bei Letztverbrauchern abgezweigt anlässlich von Konsumentenkrediten, so ist der Tag absehbar, an dem die Letztverbraucher kein Geld mehr für die Nachfrage haben, weil sie alles für Zinsen ausgeben müssen. Dem Absaugen von Zinsen beim Konsum sind also schnell prohibitive Grenzen gesetzt. Verbleibt nur der Bereich von Leistung und Produktion. In diesem Bereich jedoch können die anschwellenden Zinsströme nur abgezweigt werden, wenn sein Wachstum mit dem Anschwellen der Zinsströme Schritt hält. Also muß die Volkswirtschaft insgesamt pathologisch wachsen, weil eine ihrer Stromgrößen pathologisch wächst.

Nicht weil die Bedürfnisse der Menschen ins Kraut schießen, ist die Wirtschaft zum Wachsen verurteilt, sondern – im Gegenteil! – weil immer mehr Gelder durch Kassen fließen, wo sie auf keinen Bedarf mehr stoßen. Die Wirtschaft „muß“ wachsen, weil die Leute, die volle Kassen, aber keinen realen Bedarf mehr haben, den abstrakten Bedarf nach Mehrwert entwickeln und Gelegenheit erhalten, diesen ihren abstrakten Bedarf durchzusetzen.

Was dem „realen Bereich“ und dem „Beschäftigungsbereich“ in Form von Einkommen ohne Leistung entzogen und im „monetären Bereich“ durch die Kassen ohne Bedarf geleitet wird, bevor es in die reale Wirtschaft zurückfließen darf, das fehlt dort in der wirklichen Wirtschaft mehr und mehr als Lohn, der für wirkliche Leistung gezahlt werden könnte, und nur wenn dieser Ausfall durch Wachstum hinreichend ausgeglichen wird, kann Vollbeschäftigung angenähert bleiben, wobei die Ökonomen freilich ihre Rechnung ohne Rücksicht auf Art und Umfang des Bedarfs machen.

Die Zunahme der Zinsströme bleibt übrigens weit hinter der Beschleunigung zurück, die nach der Zinseszinsformel abstrakt-theoretisch errechnet werden könnte: Ein Teil der Zinsen wird weggesteuert; ein anderer Teil wird nicht wieder angelegt, sondern wird doch zu Nachfrage; Geldforderungen werden bei Konkursen oder anderweit vernichtet... usw. Diese und ähnliche Vorgänge sorgen für eine gewisse Verzögerung und Dämpfung. Das exponentielle Wachstum ist damit aber noch nicht beseitigt. Man könnte daran denken, leistungsloses Einkommen wegen seiner verheerenden Wirkungen wegzusteuern, zumindest, wenn es nicht in reale Nachfrage transformiert wird. Doch das wäre nur ein Kurieren am Symptom. Wir sollten der Ursache zu Leibe rücken.

## **Das Mehrwertsyndrom**

Die einzelnen Symptome sind nun schon weitgehend gedeutet. Jetzt muß die zusammenfassende Diagnose folgen. Sie führt von den Symptomen zu ihrem Zusammenhang untereinander und damit zum Krankheitssyndrom hin. Sie läuft nach allem auf die Lösung einer Art Rätsel mit vier Unbekannten hinaus: Wir haben

1. Leistungsreserven, die nicht abgerufen werden;
2. Nachfragelücken, verursacht erstens durch

- Bedarf, dem zur Nachfrage das Geld, und zweitens durch
  - Gelder, denen zur Nachfrage der Bedarf fehlt; sodann
3. Einkommen ohne Leistung aus Liquiditätsvorteilen und schließlich
  4. Wachstumszwang durch die Gelder ohne realen Bedarf.

Der gemeinsame Nenner für die Symptome ist zunächst der Zins: Er erzeugt das leistungslose Einkommen, das tendenziell einerseits zu Geld ohne Bedarf und andererseits zu Geldmangel beim Bedarf führt. Zugleich ist der Zins der entscheidende Kostenfaktor, der das Recycling der Gelder aus den Kassen ohne Bedarf in die Kassen mit Bedarf erschwert oder verhindert. Vor allem motiviert der Zins überhaupt erst dazu, daß Zinsen nachgefragt werden statt wertvoller Güter, die als schatzbildende Anlage geeignet sind und wertschaffende Arbeit erfordern. Die Recycling-Kosten wiederum bestehen so gut wie nur aus den Zinsen. Gäbe es keine Zinsen, die den Befund zum Problem und das Problem zum Krisengenerator machten, dann fände der Bedarf das Geld, das ihm zur Nachfrage verhelfen und ihn mit dem Leistungsangebot wieder ins Geschäft bringen würde. Die Zinsen stellen die Kostenschranken dar, die zu überwinden die Selbstheilungskräfte des Marktes auf lange Sicht nicht ausreichen. Die Zinsströme wachsen überproportional an: So, als ob bei einem Kind ein Fehler im Blutkreislauf dazu führte, daß immer mehr des umströmenden Blutes nicht durch die Lunge, sondern an ihr vorbei flösse: So wenig wie dieses Blut mit Sauerstoff aufgefrischt würde, so wenig wird das Geld in den Zinsströmen wieder hinreichend mit Bedarf aufgeladen. Diesem Geld gesellt sich nur der verhängnisvolle „Bedarf“ nach mehr Geld: der „Bedarf“ nach dem Mehrwert bei.

Die monetäre Absurdität hat ihren Grund im Mehrwert des verliehenen Geldes. Wer also wieder Sinn in die Geldordnung bringen will, der muß dem Mehrwert des verliehenen Geldes auf den Grund gehen. Dieser Mehrwert ist nach allem der gemeinsame Nenner für die Symptome, die uns in unserer Wirtschaft heute zu schaffen machen. Wir haben es also mit einem Mehrwertsyndrom zu tun. Um dem Mehrwert auf die Spur zu kommen, muß man den Zins analysieren. Um dem Mehrwert beizukommen, muß man den Zins beeinflussen und senken. Das führt zur Therapie.

### III. Therapie

Kann man irgendwelche wirtschaftlichen Größen („Parameter“) so beeinflussen, daß das Mehrwertsyndrom entschärft wird oder gar kuriert werden kann? Ein plumpes Zinsverbot kommt in einer freiheitlichen Marktwirtschaft selbstverständlich nicht in Betracht, sondern nur marktkonforme Lösungen. Um nun zu erkennen, bei welchen wirtschaftspolitischen „Parametern“ die Therapie anzusetzen hat, wenn man dem Mehrwertsyndrom bei der Ursache zu Leibe rücken will, muß man wissen, aus welchen Komponenten sich die Rendite (Eigenverzinsung) eines Wirtschaftsgutes (wie Hausbesitz oder Geldvermögen) zusammensetzt; denn der Zins stellt nur den monetären Sonderfall einer solchen Eigenverzinsung eines Wirtschaftsgutes dar. Bei dieser Frage nach den Komponenten einer Rendite handelt es sich um wirtschaftliche Banalitäten, und es braucht wiederum nicht auf portfolio-theoretische Verfeinerungen eingegangen zu werden, die bei alledem nur die Stellen hinter dem Komma treffen, nicht die davor.

## Die Formel für die Therapie

Wie das mit dem Eigenzins eines Wirtschaftsgutes ist, können wir uns z. B. von John Maynard Keynes<sup>3</sup> sagen lassen. Er hat dafür folgende Formel angegeben:

$$\begin{aligned} \text{Eigenzins} = & \qquad \qquad \text{Erträge} \\ & \text{minus Durchhaltekosten} \\ & \text{plus Liquiditätsvorteil} \end{aligned}$$

Wer will, mag in diese Gleichung auch noch einen Posten für die Risiken des Wirtschaftsgutes einfügen; in unserem Zusammenhang kommt es darauf jedoch nicht an.

Die Formel für den Eigenzins ist so plausibel wie evident: Der Nutzen eines Wirtschaftsgutes ergibt sich, wenn man von seinen Erträgen die Kosten abzieht und auch noch den Nutzen veranschlagt, den es hat, daß das betreffende Wirtschaftsgut mehr oder weniger liquide ist, sich also leicht oder weniger leicht versilbern läßt (Liquiditätsvorteil). Keynes hat seine Formel dann selbst auf das Geld angewendet und festgestellt: Die Erträge beim Geld belaufen sich auf 0, die Durchhaltekosten auch, der Liquiditätsvorteil jedoch ist erheblich. Die Rendite einer Geldanlage besteht daher im wesentlichen aus dem Preis für den Liquiditätsvorteil: „Liquiditätsprämie“ oder, genauer, „Liquiditätsverzichtsprämie“.

Die Formel ist für unser Problem nun besonders aufschlußreich. Sie zeigt nämlich, welche wirtschaftlichen Größen („Parameter“) die Rendite eines Wirtschaftsgutes, also auch den Zins des Geldes bestimmen: Erträge, Durchhaltekosten, Liquiditätsvorteil. Bei einem dieser Parameter muß man ansetzen, wenn man die Höhe des Zinses beeinflussen will:

1. Erträge würden den Zins nur erhöhen, sie kommen nicht in Betracht.
2. Der Liquiditätsvorteil ist eine Folge der Eigenschaften von Geld; er ließe sich nur mit der Beseitigung des Geldes selbst beseitigen.
3. Verbleiben nur die Durchhaltekosten:

Um den Zins zu senken und damit den Mehrwert verschwinden zu lassen, müßte man dem Geld Durchhaltekosten anheften. Genau das hat Keynes erwogen, um den langfristig verhängnisvollen Auswirkungen entgegenzuwirken, die der Zins auf die „wirksame Nachfrage“ hat. Keynes schreibt: „Jene Reformer, die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes ein Heilmittel gesucht haben, z. B. durch das Erfordernis periodischer Abstempelung der gesetzlichen Zahlungsmittel zu vorgeschriebenen Gebühren, sind somit auf der richtigen Spur gewesen; und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient diskutiert zu werden. [...] Worauf es ankommt, ist die Differenz zwischen Liquiditätsprämie und Durchhaltekosten.“<sup>4</sup>

Eigenartigerweise hat Keynes diesen seinen eigenen Gedanken nicht weiterverfolgt, sondern eine Richtung eingeschlagen, die später unter dem Namen „Keynesianismus“ Schule machen sollte und, wie wir heute wissen, langfristig in eine Sackgasse mündet. Er hielt seinerzeit die Einführung von Durchhaltekosten für Liquidität in der damals vorgeschlagenen Form eines Stempelgeldes für „nicht durchführbar“. Darauf wird zurückzukommen sein.

<sup>3</sup>Keynes, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, 1936, S. 188 ff.

<sup>4</sup>S. 196, 298-302. Bei den Reformern, die Keynes hier im Auge hat, handelt es sich um Silvio Gesell (dazu S. 28, 298-302, 313, 320) und um N. A. L. J. Johannsen (dazu Keynes, *Vom Gelde*, 1931/32, S. 375).

## Abschöpfung des Mehrwertes

Worum geht es bei den Durchhaltekosten auf Liquidität der Sache nach? Die Zinsformel von Keynes macht es augenfällig: Die Durchhaltekosten zehren den Liquiditätsvorteil des Geldes mehr oder weniger auf. Sie bewirken, daß beim Geldverleih (Verkauf von Liquidität) nicht mehr wie ohne Durchhaltekosten eine Vermögensbestandsvermehrung herausgewirtschaftet werden kann: Also wird mit den Durchhaltekosten auch der Mehrwert des verliehenen Geldes je nach Höhe der Durchhaltekosten mehr oder weniger abgeschöpft.

Über die Höhe der Durchhaltekosten lassen sich mancherlei Überlegungen anstellen. Insbesondere bei ihrer ersten Einführung muß man wohl Vorsicht walten lassen und vielerlei Auswirkungen bedenken. Auch die rechtstechnische Frage, wie dem Geld Durchhaltekosten angeheftet werden können, soll hier noch offen bleiben. Für die folgenden, insofern abstrakten und eher idealtypischen Überlegungen soll jedoch davon ausgegangen werden, daß die durchschnittlichen Durchhaltekosten so dosiert werden, daß sie den Liquiditätsvorteil etwa aufzehren: nach der Formel, wonach der Zins gleich ist den Liquiditätsvorteilen minus die Durchhaltekosten. Dann bleibt ein Geld übrig, das beim langfristigen Verleihen keinen wesentlich anderen Wert hat als beim Bezahlen eines Kaufpreises: Geld ohne gespaltenen Wert, Geld ohne Mehrwert. Wer solches Geld verleiht, der tauscht es wie bisher um in einen Rückzahlungsanspruch aus dem Darlehensvertrag, in eine Obligation. Damit entgeht er den Durchhaltekosten; denn nicht die Obligation, sondern nur das Geld in der Kasse verursacht Durchhaltekosten. Und nach Ablauf der Darlehenszeitspanne erhält er wie bisher seine Valuta zurück, und zwar ohne Verlust, aber auch ohne Zinsen.

Die künstlichen Durchhaltekosten zehren einen Teil der in der Kasse bereitgehaltenen monetären Kaufkraft auf. Insoweit kann das „Geld mit Durchhaltekosten“, das Keynes ins Auge gefaßt hat, mit inflationiertem Geld, wie wir es heute haben, verglichen werden. Auch bei der Inflation entwertet sich das bereitgehaltene Geld in der Kasse. Es verursacht Durchhaltekosten, und man weiß, daß gerade dieser Effekt der Inflation einen kurzfristig nützlichen, langfristig jedoch schädlichen Effekt für die Konjunktur hat; denn unsere heutige Inflation ergreift nicht nur das Geld in der Kasse, sondern auch die Währung als solche, insbesondere die Währungseinheit als den Maßstab für Kaufkraftschulden: Nicht nur die „DM“ in der Kasse, sondern auch die „DM“ an sich verliert an Kaufkraft. Und in diesem Punkt unterscheiden sich die von Keynes erwogenen Durchhaltekosten grundlegend von der landläufigen Inflation: Die Keynesischen Durchhaltekosten belasten nur das Geld in der Kasse, lassen jedoch gerade die Währung als solche von dem Schwund unberührt, der das Geld in der Kasse ergreift. Die Inflation jedoch erfaßt beides, weil das Geld in der Kasse sich absolut entwertet und nicht nur durch den Kostenfaktor „Durchhaltekosten“ relativ zur Währungseinheit. Wegen dieses grundlegenden Unterschiedes bleiben die langfristig nachteiligen Folgen der kurzfristig nützlichen Inflation beim „Geld mit Durchhaltekosten“ gerade aus. Beim „Geld mit Durchhaltekosten“ lassen sich also die segensreichen Wirkungen der Inflation mit denen einer stabilen Währung verbinden: 5% wohldosierte Inflation des Zahlungsmittels mit 0% Inflation bei der Währungseinheit: eine keynesianische Alternative zum Keynesianismus!

Schulde ich jemandem 1000 DM und habe ich 1000 DM in der Kasse, dann zehren die Durchhaltekosten zwar an meinem Kassenbestand, nicht aber an meiner Schuld und ebensowenig an der Forderung meines Gläubigers. Die Durchhaltekosten zehren an meinem Kassenbestand aber nur genau so sehr, wie ein Kassenbestand durchschnittlich wirtschaftliche Vorteile mit sich bringt. Für den also, der nicht aus wirtschaftlichen Gründen Kasse halten muß, bringt es

nach wie vor einen Vorteil, sein Geld nicht in der Kasse zu lassen, sondern zu verleihen und die Liquiditäts(verzichts)prämie zu kassieren.

So bleibt auch bei Durchhaltekosten auf Liquidität der Geld- und Kreditmarkt in Funktion. Man bekommt vom Markt eine Prämie dafür, wenn man auf seine Liquidität verzichtet. Die Durchhaltekosten, in Maßen angewendet, sind vollkommen marktkonform. Sie beseitigen nicht die Liquiditätsprämie, sondern stellen nur einen Kostenfaktor dar, der die Rendite von Geldanlagen so weit schmälert, daß per Saldo bei einer entsprechenden Höhe der Durchhaltekosten eine Bestandsvermehrung nicht mehr herausgewirtschaftet werden kann.

Die Einführung von Durchhaltekosten auf Liquidität würde auch nicht etwa das Ende von haftendem Risikokapital bedeuten. Im Gegenteil: Soweit die Entlastung von Zinsen zur Folge hätte, daß sich bei den Unternehmern schneller höhere Gewinne einstellen, würde die Bildung von Risikokapital in der wirtschaftspolitisch idealen Form von Eigenkapital gefördert. Soweit sonst in „Kassen ohne Bedarf“ entbehrliche Gelder herumliegen, sind sie mehr denn je dazu prädestiniert, wegen ihres „marginalen“ Charakters als Risiko-Puffer zu fungieren, und die Aussicht, ein Einkommen aus Kapital nur dadurch erwerben zu können, daß man etwas riskiert, würde die Neigung zur Risiko-Anlage sicherlich eher fördern als hemmen. Und wer dann mit solchem Kapital Gewinne einstreicht, der hat sie auch verdient und zugleich bewiesen, daß er ein guter Risiko-Spieler ist, den man mit solchen Risikoprämien dazu befähigen soll, weiterzuspielen.

### **Der Trick mit dem Greshamschen Gesetz**

Keynes hielt die Idee, die Geldscheine periodisch abstempeln zu lassen, für undurchführbar. Ob man die technischen Schwierigkeiten wirklich so hoch einschätzen soll, ist zweifelhaft, vor allem, wenn man sieht, wie heute jedes Kind in öffentlichen Verkehrsmitteln seine Fahrscheine am Automaten abstempelt. Und ob geldtechnische Schwierigkeiten solcher Art nicht vielmehr vernachlässigt werden können, wenn es sich um 2,5 Millionen Arbeitslose handelt, ist einer Erörterung wert. Doch brauchen wir uns darüber nicht den Kopf zu zerbrechen; denn es gibt durchaus wenigstens eine sehr elegante, bequeme und unaufwendige monetäre Technik zur Einführung von Durchhaltekosten auf Liquidität.

Nach dem Greshamschen Gesetz verdrängt das schlechte Geld das bessere aus dem Verkehr: Was heißt das? In Zeiten, zu denen verschiedene Münzen im Umlauf waren, konnte man beobachten, daß die Teilnehmer am Wirtschaftsverkehr die besseren Münzen behielten und die schlechteren weitergaben: Die nach Gewicht und Feingehalt wertvolleren Münzen behielt man im Beutel oder in der Kassette, während man die nach Gewicht und Feingehalt weniger wertvollen Münzen als Zahlungsmittel benutzte. Es ist also möglich, in einem Währungsgebiet mit verschiedenen Zahlungsmitteln derart zu arbeiten, daß sich das schlechtere auf dem Markt durchsetzt und den Ton angibt. Das führt zu folgenden Überlegungen:

Angenommen, das Währungsgesetz wird derart geändert, daß auch Überweisungen vom Konto aufs Konto (Giralgeld) als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt werden. Dann könnte die Bundesbank einen Teil des umlaufenden Geldes statt in Form von Banknoten ausgeben in Form von Giralgeld, das den Banken zur Verfügung gestellt wird. Dann würde es auch keinerlei geldtechnische Schwierigkeiten bereiten, dieses Giralgeld mit den jeweils geldpolitisch für erforderlich gehaltenen Durchhaltekosten zu belasten. Diese Durchhaltekosten würden den Konten belastet wie heute Überziehungszinsen oder Buchungsgebühren. Da dieses Giralgeld

mit Durchhaltekosten belastet wäre, wäre es „schlechter“ als die übrigen Banknoten und Münzen. Weil es sich um ein gesetzliches Zahlungsmittel handeln würde, müßte sich jeder gefallen lassen, daß man ihn mit diesem „schlechten“ Giralgeld bezahlt, so wie früher die Leute mit den schlechteren Münzen vorlieb nehmen mußten, wenn ihre Schuldner die besseren in der Kasse behielten. Bei alledem müßte freilich die Zahlung mit Giralgeld ähnlich garantiert werden wie der gutgläubige Erwerb von Banknoten und Münzen<sup>5</sup>.

So würde sich auf dem Markt das neue, mit Durchhaltekosten belastete Giralgeld durchsetzen. Für die Banknoten und Münzen alter Art und Güte müßte ein Aufgeld bezahlt werden, wenn man sie sich besorgen will. Man könnte also nach wie vor Automaten mit Münzen bedienen und Zahlungen, die geheim bleiben sollen, mit alten Banknoten tätigen, müßte aber für die besonderen, in Anspruch genommenen Vorteile auch entsprechende Kosten in Kauf nehmen.

Was aber heißt es, daß sich das neue mit Durchhaltekosten belastete Giralgeld im Verkehr „durchsetzt“ und „den Ton angibt“? Das bedeutet, daß sich dann der Zins des Geldes nach der Keyneschen Formel richtet: Zins gleich Liquiditätsprämie minus Durchhaltekosten. Von dieser Form der Durchhaltekosten auf Liquidität läßt sich nicht mehr sagen, sie sei undurchführbar. Zu reden bliebe freilich über vieles: Mit welchen Geldmengen soll dabei operiert werden? Mit welchen Mindestreservesätzen soll die Menge des Giralgeldes unter Kontrolle gehalten werden? Mit welchem Prozentsatz für die Durchhaltekosten sollte die Umstellung der Geldordnung auf „Geld ohne Mehrwert“ eingeleitet werden? Ob und in welchem Umfange wären schließlich nationale Alleingänge möglich und wie würde sich ein nationaler Alleingang auf die Flucht von Geldkapital einerseits sowie auf die Neubildung von Realkapital andererseits auswirken?

## **Geld ohne Mehrwert**

Werden dem Geld Durchhaltekosten in einer Höhe angeheftet, die dafür sorgen, daß die im Falle eines Geldverleihs erzielbare Liquiditätsverzichtsprämie aufgezehrt wird, dann ist das Geld in der Kasse genau so viel wert wie Geld, das verliehen wird, und wie Geld, das ausgegeben wird. Dann hat das Geld keinen gespaltenen Wert mehr. Verbleibt dem Geldbesitzer wegen der Durchhaltekosten kaum noch etwas von seinem wirtschaftlichen Liquiditätsvorteil, so kann er ihn bei der Kreditvergabe auch nicht mehr vom Entleiher vergütet verlangen. Was der Verleiher an Zins nicht fordern kann, spart der Entleiher an Kreditkosten. Die Kreditkosten hatten sich jedoch oben als nichts anderes erwiesen als volkswirtschaftliche Recycling-Kosten: nämlich als Kosten, die anfallen, wenn Liquidität aus Kassen, in denen sie nicht zur Befriedigung eines Bedarfes gebraucht wird, in andere Kassen transferiert werden soll, wo sie benötigt wird. Sinken aber diese Transfer- und Recycling-Kosten, dann werden Transfer und Recycling auch erleichtert. Mit anderen Worten: Es wird volkswirtschaftlich wieder erschwinglich, den unbefriedigten volkswirtschaftlichen Bedarf mit den ungenutzten volkswirtschaftlichen Leistungsreserven ins Geschäft zu bringen. Die Arbeitslosigkeit wird abgebaut. Das „Geld ohne Bedarf“ kommt zum Nulltarif zu dem „Bedarf ohne Geld“ und verhilft dem Bedarf zur Nachfrage und damit zur Befriedigung durch volkswirtschaftliche Leistung.

„Nulltarif“ heißt freilich nicht, daß das Geld denen, die gegenwärtigen Bedarf haben, geschenkt würde: Es geht hier nur um die Kosten von Krediten! Das verschobene Geld muß

---

<sup>5</sup>Denkbar wäre auch, statt des mit Durchhaltekosten belasteten Giralgeldes nur die umlaufenden Banknoten höheren Nennwertes durch Stempelgeld zu ersetzen; der Effekt wäre entsprechend.

selbstverständlich zu vereinbarter Zeit zurückgezahlt werden; nur eben der Zins entfällt. An seine Stelle treten die Durchhaltekosten beim Entleiher: Er trägt jetzt keine Kapitalkosten mehr, die während der ganzen Laufzeit des Kredits anfallen, sondern nur noch Liquiditätskosten, die nur solange anfallen, wie er das geliehene Geld in der Kasse behält, bevor er es wieder ausgibt (immer angenommen, daß die Durchhaltekosten so dosiert wurden, daß sie den Liquiditätsvorteil kompensieren).

„Geld ohne Mehrwert“ bedeutet aber noch mehr: Bislang sind hier nur die Zinsen von Geldkapital ins Auge gefaßt worden, nicht auch schon die Renditen von Realkapital. Wenn die Zinsen von Geldkapital Dank der Durchhaltekosten nennenswert gesenkt werden, und zwar so, daß darunter die Marktwirtschaft nicht Schaden leidet, sondern nur ihren Nutzen davon hat, dann bleibt das nicht ohne Folge für die Renditen von Realkapitalien. Denn zwischen dem Zins des Geldes und den Renditen aus (vermehrbaaren) Realkapitalien besteht ein Wirkungszusammenhang, der auf die ökonomische Formel gebracht zu werden pflegt, daß der Grenznutzen des Geldkapitals den Standard setzt für den Grenznutzen von Realkapital. Wirft Geld weniger Zinsen ab, so muß auch Realkapital nicht so viel Rendite abwerfen, und es lohnt sich daher schon früher wieder, das Realkapital „Arbeitskraft“ unternehmerisch einzusetzen. Auch insofern ergibt sich ein Abbau der Arbeitslosigkeit, von anderen Folgen und Fernwirkungen ganz zu schweigen.

Eine strukturelle Ursache für langfristige Arbeitslosigkeit liegt also in der Geldordnung. Sie kann als das Mehrwertsyndrom bezeichnet werden und hängt zusammen mit unserem heutigen „Geld mit Mehrwert“. Wenn nun nicht nur die Symptome des Syndroms behandelt werden sollen, sondern auch seine Ursachen, dann muß die Struktur der Geldordnung und damit die Eigenschaft des Geldes, Zinsen zu bringen, beeinflußt werden. Das geschieht rechtstechnisch mit Hilfe der Durchhaltekosten auf Liquidität. Sie schöpfen mit dem Liquiditätsvorteil den Mehrwert des Geldes ab. So wird das Mehrwertsyndrom kuriert und ein „Geld ohne Mehrwert“<sup>6</sup> geschaffen.

## IV. Nachtrag

### Symptom Nr. 6: Roboterrenditen verdrängen Arbeitslöhne

Durch die Automatisierung und Roboterisierung in den Büros und in den Fabrikhallen werden „Arbeitsplätze wegrationalisiert“. Automatisierbare und roboterisierbare Handgriffe werden von Maschinen erledigt. Das können wir nicht als Erfüllung eines alten Menschheitstraumes und nicht als eine „Befreiung von monotoner Arbeit“ begrüßen, sondern müssen es fürchten, weil wir es mit dem Übel bezahlen, daß arbeitswillige Menschen nicht mehr durch ihre Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen können.

Um ihrer Wettbewerbsfähigkeit willen „muß“ unsere Wirtschaft rationalisieren und roboterisieren. Aber einen großen Teil der Kosten, die die Wirtschaft dabei spart, muß das Gemeinwesen bei ihr alsbald wieder eintreiben, um die sozialen Folgen abzufangen: Die Staats- und Wohlfahrtsquote steigt – und die kostspieligen bürokratischen Umwege nehmen zu, die wir

---

<sup>6</sup>Ausf. Suhr, *Geld ohne Mehrwert*, Fritz Knapp, Frankfurt, 1983. Zur verfassungsrechtlichen Seite ders., *Die Geldordnung aus verfassungsrechtlicher Sicht*, in: Starbatty (Hrsg.), *Geldordnung und Geldpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft*, 1982, S. 91-116.



uns in unserem absurden System der Fehlallokationen, Umverteilungen und Rückverteilungen leisten.

Angesichts der „Vernichtung von Arbeitsplätzen“ wird dann nach gerechterer Verteilung der knappen Arbeit gerufen. Das erscheint oberflächlich plausibel, wirkt bei genauerem Hinsehen jedoch eigenartig: Erstens wird durch Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich die Arbeit insbesondere für kleinere Betriebe noch teurer. Zweitens führt nach Adam Riese eine Verteuerung der Arbeit nicht gerade zu mehr Nachfrage nach Arbeit: Drittens und vor allem aber handelt es sich bei der als Mittel zum Zweck eingesetzten Arbeitszeitverkürzung nur um ein weiteres Herumkurieren am Symptom. Der eigentliche Befund wird nicht einmal gesehen, geschweige denn begriffen: der Befund nämlich, daß es Roboterrenditen sind, welche die Arbeitslöhne verdrängen.

Roboter kaufen keine Videorekorder, keine Möbel und keine Kleidung. Roboter gehen nicht ins Theater, fahren nicht in Urlaub. Roboter kommen nicht mit „Nachfrage“ nach den Produkten auf den Markt, die sie und andere produzieren. Denn sie haben nicht wie die Arbeitnehmer, die durch die Roboter verdrängt werden, ungestillte Bedürfnisse, die, sobald sie monetär unterfüttert werden, in Form von Nachfrage auf den Märkten erscheinen.

Was die Roboter „verdienen“, das fließt denn auch gar nicht „den Robotern“ zu. Es fließt auch nicht „den Unternehmern“ zu. Die Roboterrenditen bekommt vielmehr der, dem die Roboter kapitalmäßig „gehören“, also der „Kapitaleigner“. Führen nun die Roboterrenditen wenigstens bei den Kapitalgebern zu Nachfrage und zur Abnahme der Produkte, die erzeugt werden? – Mit dieser Frage sind wir wieder beim Problem: Nur wer volle Kassen ohne nennenswerten Bedarf hat, so daß das Vergnügen an der Rendite das Vergnügen an weiterer Bedarfsbefriedigung übersteigt – nur der kann Roboter finanzieren, die ihre Renditen abwerfen. Also haben wir es wieder typischerweise mit Menschen zu tun, die ihre wichtigsten Bedürfnisse befriedigt haben und nunmehr das Bedürfnis entwickeln, Zinsen und Renditen einzustreichen. Also führen die Roboterrenditen mit großer Wahrscheinlichkeit wiederum nicht nach Nachfrage im realwirtschaftlichen Bereich, sondern sie unterfüttern nur erneut die Möglichkeit von Kapitalgebern, Zinsen und Renditen zu verlangen, bevor sie ihre Gelder in den realwirtschaftlichen Bereich zurückgeben.

Wer angesichts dieser Umstände dafür eintritt, nur die angeblich knappe Arbeit umzuverteilen, setzt sich also letztlich dafür ein, durch Linderung eines Symptoms die im Hintergrund wirksamen Strukturen zu sichern und zu festigen. Kurzfristig mag unter dem einen oder dem anderen Aspekt auch die Linderung des Symptoms nützlich und gerechtfertigt sein; langfristig aber verschärft man auch damit wiederum nur die Probleme, um die es in Wahrheit geht. Außerdem verdeckt der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung, den die Gewerkschaften „gegen die Unternehmer“ führen, daß „die Unternehmer“ gar nicht die richtigen Gegner sind. „Die Unternehmer“ sind eigentlich geborene Verbündete der Arbeitnehmer und stehen selbst unter dem Renditedruck, den die Kapitalgeber dank der Geldordnung auf sie ausüben können. Man kämpft mit falschen Fronten.

Wir könnten der Rationalisierung und Roboterisierung viel ruhiger entgegenschauen, wenn durch marktkonforme und marktbefreiende Abschöpfung des Liquiditätsvorteils von Geld der Nettozins für Geldkapital und damit auch die Rendite von vermehrbaren Realkapitalien heruntergefahren würden: Dann flößen innerhalb der Volkswirtschaft selbstverständlich nach wie vor Einkommen von Konsumenten zu Einkommensempfängern hin – aber immer weniger Einkommen „aus Kapital“ und immer mehr Einkommen „aus Arbeit“ von Arbeitnehmern

und „aus Leistung und Risikobereitschaft“ von Unternehmern. Rationalisierungsinvestitionen würden billiger, die Produktivität würde steigen. Ob dann (nicht als Mittel zum Zwecke, sondern als unausweichliche Folge!) entweder weniger gearbeitet wird oder die Löhne erhöht oder die Preise gesenkt werden – das wäre dann die schwierige Frage.